

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Elisabeth Scharfenberg, Maria Klein-Schmeink, Ulle Schauws, Dr. Konstantin von Notz, Claudia Roth (Augsburg), Marieluise Beck (Bremen), Sven-Christian Kindler, Luise Amtsberg, Katja Keul, Renate Künast, Irene Mihalic, Özcan Mutlu, Hans-Christian Ströbele und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Psychosoziale Versorgung von Überlebenden der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik und deren Folgegenerationen

Sehr lange gab es für die Überlebenden der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik keine psychosoziale Hilfe und psychotherapeutische Angebote zur Bewältigung ihrer teils schweren Traumata, schweren Depressionen und psychischen Zusammenbrüche, die ihr Leben nach der Befreiung vom Nationalsozialismus bis heute prägen. Angstzustände und schwerwiegende psychische Probleme treten gerade in fortschreitendem Alter vermehrt auf (Kellermann, Natan P. F.: Holocaust Trauma. Psychological Effects and Treatment, 2009).

Auch die Nachkommen der Überlebenden der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik leiden unter psychischer Belastung, was durch Forschungen zu transgenerationaler Weitergabe von Traumata belegt wird (Lemberger, John (Hg.): A Global Perspective on Working with Holocaust Survivors and the Second Generation, Jerusalem 1995; Kellermann, Natan P. F.: Geerbtes Trauma. Die Konzeptualisierung der transgenerationalen Weitergabe von Traumata, in: Brunner, Jose und Zajde, Nathalie (Hg.): Holocaust und Trauma. Kritische Perspektiven zur Entstehung und Wirkung eines Paradigmas, Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 39 (2011)).

Trotz medizinischer und psychosozialer Schädigungen als Folge der Verfolgung ihrer Angehörigen können Angehörige der Folgegenerationen bisher keine Entschädigungsleistungen erhalten. Forschungen zu kollektivem Trauma, das auf langfristige massenhafte Gewalt oder andere Katastrophen folgt, die eine ganze Gesellschaft erschüttern, ermöglichen gezieltere Behandlungen (Keilson, Hans: Die Entwicklung des Traumakonzepts in der Psychiatrie. Psychiatrie und Man-made-disaster, in: Mittelweg 2 (1997), S. 73–82; Kühner, Angela: Kollektive Traumata: Annahmen, Argumente, Konzepte. Eine Bestandsaufnahme nach dem 11. September 2001, Berghof Report 9 (2002)).

Damit steigt auch der Kreis derjenigen, die auf spezielle psychosoziale Hilfe angewiesen sind. Wie Hilfsorganisationen berichten, steigt der Bedarf an psychosozialer Hilfe sowohl für die Überlebenden als auch die Folgegenerationen in den letzten zehn Jahren massiv an (AMCHA Deutschland (Hg.): Tätigkeitsbericht 2013, Berlin 2014).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie viele Überlebende der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik gab es nach Kenntnis der Bundesregierung nach dem Zweiten Weltkrieg, und liegen ihr Zahlen vor, wie viele davon heute noch leben und psychosoziale Hilfe benötigen (bitte nach Staaten aufgliedern)?
2. Wie viele von ihnen nehmen nach Kenntnis der Bundesregierung aktuell psychologische oder andere immaterielle Hilfe aufgrund ihres Verfolgungsschicksals in Anspruch?
3. a) Welche Maßnahmen zur Unterstützung von Überlebenden der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik und ihrer Nachkommen wurden und werden durch Leistungen der Bundesrepublik Deutschland unterstützt, und wie hat sich die finanzielle Unterstützung in den letzten Jahren entwickelt?
b) Welche Maßnahmen zur Unterstützung von psychosozialen Einrichtungen für Überlebende der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik wurden und werden durch Leistungen der Bundesrepublik Deutschland unterstützt, und wie hat sich die finanzielle Unterstützung in den letzten Jahren entwickelt?
4. Welche Kriterien werden für die Anerkennung psychischer Probleme als Schäden an Körper und Gesundheit entsprechend geltender Entschädigungsansprüche angelegt?
5. Wie schätzt die Bundesregierung den Bedarf an psychosozialer Hilfe für Überlebende der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik ein?
6. Inwieweit teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass auch für Kinder und Enkel von Überlebenden der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik ein Bedarf an psychosozialer Hilfe besteht?
7. a) Inwieweit schließen Unterstützungsleistungen auch Angehörige der nachfolgenden Generationen mit ein, die durch die transgenerationale Weitergabe von Traumata unter den Folgen der NS-Verfolgungspolitik leiden?
b) In welchem Maß wird die Bundesregierung der gesundheitlichen und psychosozialen Versorgung der Nachkommen von Überlebenden der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik gerecht?
8. Wie wird sich dieser Bedarf an psychosozialer Hilfe nach Auffassung der Bundesregierung entwickeln?
9. Plant die Bundesregierung Maßnahmen, um dem wachsenden Unterstützungsbedarf sowohl der Überlebenden der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik als auch der Folgegenerationen gerecht zu werden (bitte begründen)?
10. Wird die Bundesregierung die Frage möglicher zusätzlicher Bedarfe in der psychosozialen Hilfe für Überlebende der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik und ihrer Nachkommen selbst aktiv ansprechen bei
 - a) den deutsch-israelischen Regierungskonsultationen im Jahr 2015,
 - b) Gesprächen mit der Jewish Claims Conference,
 - c) Gesprächen mit dem Zentralrat der Juden,
 - d) Gesprächen mit dem Zentralrat der Sinti und Roma,

- e) Gesprächen mit Vertretern des Lesben- und Schwulenverbandes in Deutschland oder anderer Lesben-, Schwulen-, Bisexuellen- und Transgenderinteressengruppen,
- f) Gesprächen mit Vertretern der Opfer der „NS-Euthanasie“ und Zwangssterilisierung,
- g) Gesprächen mit Vertretern der Wehrmachtsdeserteure?

Berlin, den 28. Januar 2015

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

